

Kindern und Jugendlichen – ebenso wie bei Erwachsenen – der thematische Hintergrund ausschlaggebend sein. Online- wie Offline-Partizipation zeichnen sich durch einen vom Wissensstand bzw. Bildungsgrad unabhängigen Zugang ab. Bei Kindern und Jugendlichen dürfte daher vor allem das Interesse für ein Thema ein ausschlaggebender Faktor dafür sein, ob eine Beteiligung an der Diskussion bzw. dem Meinungsbildungsprozess zustande kommt.

### Wie könnten sich junge Menschen in Sachsen-Anhalt über das Internet beteiligen?

Online- wie Offline-Partizipation steht und fällt für Bürger\_innen mit der Kontaktfläche zur eigenen Lebenswelt – und zwar altersunabhängig. So werden Themen, welche Kinder und Jugendliche nicht direkt betreffen, vermutlich auch weniger stark von ihnen wahr- und angenommen werden. Jedoch sind die Interessen junger Menschen so vielfältig ausgeprägt. Es darf keineswegs völlig ausgeschlossen werden, dass sie den Wunsch verspüren, sich auch in Themenbereiche einzubringen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick für Kinder und Jugendliche interessant erscheinen. Das legen junge Menschen selbst fest und der Zugang zu solchen Diskursen und die Möglichkeit der aktiven Teilhabe muss daher auch in diesen Bereichen ausnahmslos geboten werden.

In Sachsen-Anhalt sind zahlreiche junge Menschen in jugendverbandlichen Strukturen engagiert. Da diese in hohem Maße durch Teilhabe und Mitbestimmung geprägt sind, darf angenommen werden, dass besonders in den vielfältigen Jugendverbänden engagierte und aktive Kinder und Jugendliche zur Willens- und Meinungsbildung befähigt sind und Partizipationsprozesse kennen. Darüber hinaus ergeben sich durch das Mitwirken im Verband über die Verbandsthematik hinaus immer auch weitere Themenfelder und Problemlagen, welche junge Menschen erkennen, verstehen und für die sie bereit sind einzutreten.

Über die ihnen bekannten Strukturen hinaus ist es daher sinnvoll und notwendig, jungen Menschen eine Möglichkeit zu bieten, sich mit ihrer Meinung und ihren Argumenten auch in fortlaufende politische Prozesse einzubringen, diese durch ihre Beiträge zu bereichern und vor allem auch zu beeinflussen. Eine Loslösung von Ort und Zeit unterstützt dabei den Zugang zu einer solchen Partizipationsmöglichkeit, weswegen eine onlinebasierte Teilhabelösung von Kindern und Jugendlichen mit Sicherheit förderlich wäre.

Für Sachsen-Anhalt ist es daher unbedingt ratsam, jungen Menschen den Zugang zur ePartizipation zu ermöglichen – unabhängig davon, ob diese auf kommunaler, Kreis- oder Landesebene stattfindet.

Dies kann durch die bereits genannte Möglichkeit der ePetition geschehen, welche sich auf Bundesebene bereits etabliert hat. Auch der Landtag von Sachsen-Anhalt bietet die Online-Petition an, jedoch besteht bislang nicht die Möglichkeit, öffentliche Petitionen mitzuzeichnen bzw. zu diskutieren, sodass auf Landesebene keine direkte Partizipation möglich ist. Sollten junge Menschen also auf diesem Wege ihrem Begehren Ausdruck verleihen wollen, so müssten sie zum einen einzeln Petitionen einreichen – welche dann durch den Petitionsausschuss des Landes zu einer Sammelpetition zusammengefasst werden – und zum anderen müssten sie unabhängig von diesem Verfahren Raum für den thematischen Diskurs mit Gleichgesinnten und der Politik schaffen. Echte ePartizipation ist also auf Landesebene bislang leider nicht möglich.



Einen (digitalen) Raum für den Diskurs und die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu schaffen, ist aktuell tatsächlich die erfolgversprechendste Lösung von der Gemeinde- bis zur Landesebene. Die große Herausforderung ist dabei, alle beteiligten Meinungs- und Entscheidungsträger\_innen zusammenzubringen. Im Netz kann das eine gemeinsame Plattform sein, welche jedem\_jeder Interessierten den Zugang ermöglicht und welche allen Beteiligten die Möglichkeit bietet, am Diskurs und der folgenden Entscheidungsfindung teilzuhaben.

Basis einer solchen Plattform kann aber vorerst auch der Austausch mit Interessierten oder Gleichgesinnten über örtliche/regionale Problemlagen sein, aus dem im weiteren Verlauf Online- und Offline-Aktionen und Initiativen hervorgehen. Diese haben dann die Chance, den Weg in eine größere gesellschaftliche und mediale Öffentlichkeit zu finden, Teil des politischen Willens- und Meinungsbildungsprozesses zu werden und schließlich die nächste Stufe im politischen Entscheidungsfindungsprozess zu erreichen.

Wichtig ist also, dass es zukünftig jungen Menschen im Netz möglich ist, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Grundlage hierfür muss es sein, dass die eingebrachten Meinungen von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden.

## Weitere Informationen



**Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.**  
Schleifufer 14  
39104 Magdeburg  
Fon: 0391.535 394 80  
Fax: 0391.597 95 38  
Email: [info@kjr-lsa.de](mailto:info@kjr-lsa.de)  
Internet: [www.kjr-lsa.de](http://www.kjr-lsa.de) und [www.juleica-lsa.de](http://www.juleica-lsa.de)

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. ist der Zusammenschluss von 23 landesweit tätigen Jugendverbänden, 3 Dachverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendringe der kreisfreien Städte und Landkreise. Er vertritt die Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie seiner Mitglieder gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Öffentlichkeit. Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. ist Träger der Landeszentralstelle juleica.

**Herausgeber:**  
**Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.**  
V.i.S.d.P. Rolf Hanselmann

**Fotos:**  
© jd-photodesign, Chlorophylle, Sergey Nivens, S.John und leroy131 - fotolia.com

Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.



# fakt KOMPAKT

Ausgabe  
3/2013



## Mitbestimmung 2.0

Ich bin dabei, du bist dabei,  
wir sind dabei:  
Chancen und Möglichkeiten  
von Partizipation 2.0

# ePartizipation – politische Teilhabe auf neuen Wegen

Die neuen Möglichkeiten des Internets, die sich vor allem in den zahlreichen sozialen Netzwerken zeigen, haben den Austausch von Informationen in den vergangenen Jahren massiv beeinflusst und nachhaltig verändert. War das Netz zuvor ein reines Informationsmedium, in dem Nutzer\_innen recherchierten und – durch die Entwicklung leistungsstarker Suchmaschinen – Inhalte finden konnten, änderte sich dies durch die Angebote des so genannten Web 2.0. In namentlicher Anlehnung an die Versionsbezeichnungen von Computersoftware bot das Web 2.0 fortan einige neue Möglichkeiten. In erster Linie zeichnet es sich dadurch aus, dass das reine Informationsangebot um die Möglichkeiten erweitert wurde, Inhalte einfacher selbst zu generieren, einzustellen, fremde Inhalte zu verändern und vor allem, diese mit anderen Nutzer\_innen zu teilen. Überholte Regeln wurden damit aufgehoben: Jede\_r kann heute senden und empfangen. Das Netz ist in seiner Gesamtheit aktiver geworden und Social-Media-Angebote wie Facebook, Twitter und Youtube sind heute kaum mehr wegzudenken.

Das Web 2.0 wird heute vielfältig genutzt – auch politisch: auf der einen Seite durch Bürger\_innen, welche sich online über politische Themen informieren, austauschen und diskutieren oder aber auch, um sich zu Protesten und Demonstrationen zu verabreden. Auf der anderen Seite haben die Politik und Regierungsorgane das Potential des Netzes erkannt und bieten heute mittels dieses Mediums vermehrt die Möglichkeit zur Online-Bürger\_innenbeteiligung. Das Schlagwort lautet hier: ePartizipation. Dieses fakt KOMPAKT soll über die digitale Partizipationsform informieren, Begrifflichkeiten erläutern und abgrenzen sowie Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – aufzeigen.



## Beteiligungsmöglichkeiten in der eDemokratie

Im Zuge der „Digitalisierung“ zahlreicher politischer Prozesse hat sich in den letzten Jahren im Netz so etwas wie eine virtuelle Kopie unserer Demokratie entwickelt. Diese wird als „eDemokratie“ bezeichnet. Die damit entstandenen digitalen Neuerungen im Netz laufen nicht eigenständig und unabhängig, sondern sie ergänzen und unterstützen real existierende Institutionen und Prozesse.

Unter dem Begriff eDemokratie werden das eParlament (ein digitaler Raum zur Einbeziehung von Bürger\_innen in die parlamentarische Arbeit<sup>1</sup>), das eGovernment (die „Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (...) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“<sup>2</sup>) sowie die eJustiz (die Digitalisierung von Vorgängen bei der Justiz aber auch der Abläufe im Bereich der Rechtsprechung zum Nutzen der Bürger\_innen<sup>3</sup>) zusammengefasst (vgl. hierzu Abb. 1 zur Organisationsstruktur).

<sup>1</sup> Vgl. hierzu [http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de/extra\\_files\\_filedownload.php3?id=77](http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de/extra_files_filedownload.php3?id=77) - S. 1, Zugriff: 29.11.2012.

<sup>2</sup> <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf> - S. 2, Zugriff: 29.11.2012.

<sup>3</sup> [http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20120625/A-Drs\\_17\\_24\\_053\\_-\\_PG\\_Demokratie\\_und\\_Staat\\_Entwurf\\_Zwischenbericht\\_25\\_06\\_2012\\_EK.pdf](http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20120625/A-Drs_17_24_053_-_PG_Demokratie_und_Staat_Entwurf_Zwischenbericht_25_06_2012_EK.pdf) - S. 155, Zugriff: 29.11.2012.

Die ePartizipation selbst steht sowohl mit dem eParlament als auch mit dem eGovernment in Wechselwirkung. Wie diese Beziehung im Detail aussieht, soll im Folgenden skizziert (vgl. grafische Darstellung) und erläutert werden.

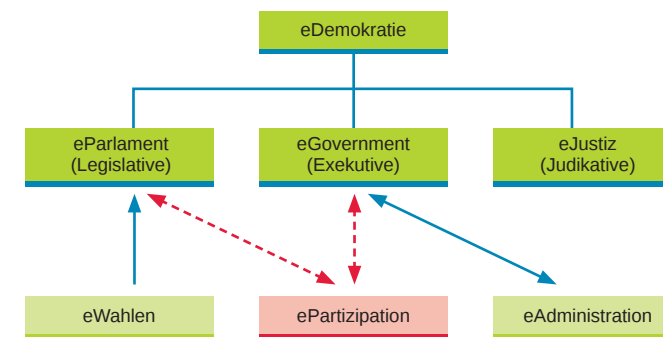


Abb. 1: Grafische Darstellung zur Organisationsstruktur der eDemokratie

Bei ePartizipation handelt es sich um ein internetgestütztes Verfahren, welches die Beteiligung von Bürger\_innen am politischen Entscheidungsprozess ermöglichen, vereinfachen und fördern soll. Sie unterscheidet sich von „analoger“ Partizipation dadurch, dass sie unabhängig von Ort und Zeit funktionieren kann. Auf diese Weise kann – zumindest theoretisch – fast allen Menschen technisch der Zugang zur Teilhabe geboten werden. ePartizipation kann also als die Erweiterung bereits bestehender Offline-Partizipationsansätze bezeichnet werden.

Doch die neuen partizipativen Möglichkeiten im Netz werden durchaus auch kritisch betrachtet. Von der Gefahr des so genannten „Klickaktivismus“ ist da zum Beispiel die Rede. Gemeint ist damit bildhaft, dass netzbasierte Beteiligungsmöglichkeiten durch das Betätigen einfacher Buttons wie „Dafür“ oder „Dagegen“ reduzieren und verflachen.<sup>4</sup> Sicherlich gibt

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch <http://politik-digital.de/klick-aktivismus-online-kampagnen-inder-politik> - Zugriff: 21.11.2012.



es auch diese einfachste Form der politischen Meinungsäußerung. Sie jedoch in das Umfeld echter Partizipation zu rücken bzw. eben jenes durch solche Anwendungen zu definieren, wird den tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten nicht gerecht. Echte ePartizipation kennzeichnet sich gerade durch den offenen Zugang zum Diskurs und jeder weiteren Teilhabe an der politischen Willens- und Meinungsfindung.

Diese findet sich beispielhaft in den ePetitionen des Deutschen Bundestages. Bereits vor ePartizipationsangeboten war es Bürger\_innen möglich, schriftliche Gesuche an Institutionen wie Länderparlamente und den Deutschen Bundestag zu richten. Die darin enthaltenen Forderungen ließen sich bereits damals mit Unterschriften anderer Bürger\_innen (also Mitzeichner\_innen) untermauern und bekräftigen. Dieses Modell wird bei der Online-Petition fortgeführt und erweitert.

Mit der ePetition können Bürger\_innen ihre Petition nichtöffentlich oder öffentlich einreichen – vollkommen unabhängig von ihrem Alter.

Artikel 17, Grundgesetz - „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“<sup>5</sup>

<sup>5</sup> [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_17.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_17.html) - Zugriff: 05.12.2012.

Offene Ersuche können von anderen Bürger\_innen online mitgezeichnet werden. Außerdem ist es möglich, die Petition zu kommentieren und auch zu kritisieren und auf diese Weise an einem politischen Diskurs teilzuhaben. Kann der\_Petent\_in innerhalb von vier Wochen 50.000 Unterstützer\_innen gewinnen, kann er\_sie persönlich das Anliegen mit den Abgeordneten im Petitionsausschuss diskutieren. Unabhängig von dieser besonderen Regelung wird jede eingereichte ePetition nach Ablauf der Mitzeichnungsfrist parlamentarisch geprüft.<sup>6</sup> Auf diese Weise kann und soll der politische Diskurs im Netz Eingang in den Gesetzgebungsprozess finden und erreicht nicht selten gerade durch die Online-Debatte eine breite gesellschaftliche und mediale Öffentlichkeit.

Und auch wenn ePetitionen nicht die politische Entscheidungsfindung durch die Mandatsträger\_innen ersetzen können und sollen, ergänzen und unterstützen sie auf wertvolle Weise den politischen Diskurs und den darauf folgenden Willens- und Meinungs- sowie Gesetzgebungsprozess.

## Kinder und Jugendliche sind Expert\_innen im Netz!

Die Möglichkeit einer netzbasierten Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist von besonderer Bedeutung. Sie gehören zu den so genannten „digital natives“, sind also mit dem Netz groß geworden und begreifen das Internet heute selbstverständlich als Teil ihrer Lebenswelt. Sie kommunizieren über die sozialen Netzwerke und Foren, teilen Videos und stellen eigene Inhalte ins Netz und verändern diese. Sie sind also mit den Funktionsweisen des Netzes vertraut und bringen damit die besten Voraussetzungen für den Umgang mit digitalen Partizipationsmöglichkeiten mit. Damit steht ihnen prinzipiell die Beteiligung an Diskursen und Entscheidungsfindungen in allen Themenbereichen offen. Für eine aktive Nutzung der Möglichkeiten dürfte bei

<sup>6</sup> <https://epetitionen.bundestag.de/epet/service.???rubrik.oeffentlichePetition.html> - Zugriff: 05.12.2012.

